

„Entscheidend ist, was hinten rauskommt.“
(Helmut Kohl)

Neues aus dem Fachausschuss „Schulentwicklung“



Harry Eisenach / Herbert Wehe

Vertreter der GEW und des Personalrats Schulen Bremen im
Fachausschuss

Auf seiner 12. Sitzung am 27.08.2008 beriet der Fachausschuss über die "Eingaben der Beteiligten". Ortsämter, Schulen und Verbände haben in zig Stellungnahmen Vorschläge für die Weiterentwicklung von Schule gemacht – für ganz Bremen, für die Regionen, für einzelne Schulen. Allerdings kam er über eine Kenntnisnahme der Anträge nicht hinaus. Peinlicherweise war die Vorlage mit „Schulentwicklungsplan (SEP) / Schulstandortentwicklungsplan (SOP)“ überschrieben ohne eine Entwicklungsrichtung oder gar Standorte zu benennen.

Welche Bedeutung hat der Fachausschuss noch ?

Nach dieser Zusammenstellung ohne Vorschlag für Schwerpunktsetzungen stellten Fachausschussmitglieder angesichts der sich z.T. widersprechenden Anträge und der sehr begrenzten Ressourcen Fragen nach Konzeptionen und Kosten.

Stattdessen präsentierte die Senatorin ein Verfahren, das den Fachausschuss bei den weiteren Entscheidungen außen vor lässt: Unter Leitung einer behördlichen Steuergruppe werden in 18 Planungsgruppen von 40 beteiligten Schulen Konzeptionen für die Weiterentwicklung einzelner Schulen bzw. von Schulen in der Region erstellt. Daraus will die Senatorin einige als Modellvorhaben auswählen, die dann der Deputation und der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Damit wäre der Fachausschuss dann in seiner Arbeit nicht über ein Vorwort in Form der „Merkmale einer guten Schule“ hinausgekommen. Er bleibt außen vor, wenn es darum geht, wie die Vielgliedrigkeit des Schulsystems konkret reduziert werden soll, wie längeres gemeinsames Lernen ermöglicht werden soll, für welche Vorhaben die begrenzten Ressourcen eingesetzt werden. Das aber war eigentlich seine Aufgabe und das sind die eigentlichen Fragen, die entschieden werden müssen. Diese Entscheidungen liegen aber nicht mehr beim Fachausschuss sondern bei der Behörde und der Senatorin.

Zunehmende Kopflastigkeit

In der Koalitionsvereinbarung und im Bürgerschaftsbeschluss zur Einrichtung des Fachausschusses waren als Ziele der Schulentwicklung schwerpunktmäßig die Integration der SchülerInnen (Abbau von Benachteiligungen verschiedenster Art – soziale Ungleichheit, Migration, Behinderung), die Integration des Schulsystems (längeres gemeinsames Lernen in integrativen Schulen) sowie die Stärkung des Lernens im Vorschul- und Grundschulbereich angegeben.

Alle Experten waren sich darin einig, dass der Schwerpunkt der Veränderungen und Investitionen im vorschulischen Bereich, in der Primar- und der Sekundarstufe I liegen muss. Beispielhaft seien hier die Sprachförderung und die Doppelbesetzung in der Primarstufe genannt, die im Fachausschuss auch schon mit ihren Kosten vorgestellt wurden. Die Experten waren sich darin einig, dass die Sortierung der Kinder nach Klasse 4 ein Fehler ist und stattdessen alle Kinder einschließlich der

Förderzentrumskinder in der Sek.I integrativ zu beschulen sind. Davon, so ist zu befürchten, wird wenig bleiben. Vorschulische Bildungsvorhaben sind von den Modellschulvorhaben ebenso ausgenommen wie die Integration der Förderzentren, obwohl sich die Senatorin mit einer positiven Stellungnahme zum Preuss-Lausitz/Klemm-Gutachten gerade erst profiliert hatte.

Die Konkurrenz zwischen Schulen wird sich verschärfen. Die meisten Planungsgruppen wollen Schulen mit einer größeren Durchgängigkeit (Klasse 1 bis 10, Klasse 1 bis 13, Klasse 5 bis 13) konzipieren. Diese Modelle sind oftmals dem Wunsch geschuldet, den jeweiligen Standort angesichts rückläufiger Schülerzahlen zu sichern und durch Angebote längerer Bildungswege die Attraktivität nach außen zu steigern.

Zu den Gefahren solcher Konkurrenz unter Schulen äußerten sich die externen Evaluatoren des Dr. Otto-Seydel-Instituts in ihrem Bericht:

Es gibt ein zweites Problem, das die Entwicklung lokaler / regionaler Bildungslandschaften behindert: die Konkurrenz gleicher oder vergleichbarer Schulformen (bei zurückgehender Schülerzahl) innerhalb eines Einzugsgebiets. Die Stadtteilschulen verlieren ihre Leistungsträger an die Gymnasien, die Gesamtschulen und die Stadtteilschulen konkurrieren um die gleiche Schülerschaft, kleine Grundschulen bangen um ihre Existenz usw. Das damit verbundene Klima belastet (oder verhindert sogar) die hier geforderte offene Kommunikation zwischen den Schulen im gleichen Stadtteil.“ (S. 11)

Die Folge der Konkurrenz bei ungleichen Ausgangsbedingungen war bisher die zunehmende Entmischung der Schülerschaft und der Stadtteile: In der Sekundarstufe I wurden Schulen mit besseren Bedingungen und besserem „Ansehen“ verstärkt angewählt. Die daneben liegenden Schulen wurden geschwächt. Mit der Einrichtung von Modellschulvorhaben kann sich dieser Trend verschärfen, wenn bisher schon „starke“ Schulen weitere zusätzliche Finanzmittel und ggf. auch eine eigene GyO bzw. attraktive Partner in der GyO erhalten. So liegen u.a. Planungen vor, bei denen gut angewählte Schulen eine eigene GyO oder eine direkte Anbindung zu einer GyO erhalten sollen, während andere Schulen ihre Oberstufenanbindung bei einer Berufsschule mit beruflichem Gymnasien bekämen.

Sek II /GyO

Die Bildung von gymnasialen Oberstufen an Schulzentren führt zu erheblichen Veränderungen in der Sekundarstufe II. Die vorhandenen großen Oberstufenzentren mit allgemeiner und/oder beruflicher Bildung haben ein breit gefächertes attraktives Angebot und bieten den SchülerInnen nach der Sek.I viele Wahlmöglichkeiten. Durch den Schülerrückgang in den letzten Jahren gab es immer wieder Diskussionen, wie die Angebotspalette zu halten ist. Wiederholt war von der Schließung einer GyO die Rede.

Eine Bildung weiterer kleiner Oberstufen würde die Angebote der Sek.II-Zentren massiv gefährden. Das Profilangebot der neuen Oberstufen wäre schmal, die Auswahlmöglichkeiten wären begrenzt. Die baulichen Maßnahmen würden einen Großteil der knappen Mittel verschlingen, die dann an anderer Stelle fehlen. Enge Kooperationen zwischen Sek.I und Sek.II lassen sich auch anders herstellen. Durch Kooperationsverträge könnte z.B. der stufenübergreifende Einsatz von Lehrkräften vereinbart werden.

Zur Frage der Oberstufen gibt es von nur einem Experten des Fachausschusses eine Stellungnahme. Dr. Ernst Rösner führte aus:

„Langformschulen (5. bis 12./13. Klasse) sind problematisch: Sie benötigen viel Gebäudesubstanz und erfordern höhere Schülerzahlen in der Sekundarstufe I, als

diese zur Differenzierung braucht. So wird die Sekundarstufe I zur Funktion der angeschlossenen Oberstufe. Langformschulen werden in dem Maße fragwürdig, wie sich Schülerinnen und Schüler nach der Sekundarstufe I neu orientieren. Wo es Oberstufenzentren gibt, gelten sie als bewährt und werden politisch nicht in Frage gestellt (Hessen). Unabdingbar ist für jede Sekundarstufe I eine klar zugeordnete und kooperierende Oberstufe.“

Weitere Aufhebung von Schulbezirksgrenzen?

Mit der Bildung von Modellschulen ist die freie Anwahl der Schulen verbunden. Sollte dies im Grundschulbereich überregional möglich sein, droht ein Schülertourismus ähnlich der Sek.I mit den bekannten Folgen.

Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden

Im Fachausschuss wurde bisher eine ganze Reihe pädagogischer und bildungspolitischer Handlungsfelder diskutiert und es wurden konkrete Anforderungen formuliert. Beispielhaft seien hier genannt:

- Längeres gemeinsames Lernen, Ausgleich von Benachteiligung
- Verbesserung der Lernkultur hin zu selbstgesteuerten Lernformen
- Lehrerarbeit in Teams, insbesondere in Jahrgangsteams
- Ganztagschule
- Mitbestimmung und Eigenverantwortung an den Schulen
- Unterstützungssysteme zur Schul- und Unterrichtsentwicklung an LIS,LFI und Universität
- Projektarbeit im Unterricht
- Konzepte der Differenzierung (äußere und Binnendifferenzierung), Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte für binnendifferenzierten Unterricht
- Verbindliche Kooperation beim Übergang zwischen KITA-Grundschule-Sekundarstufel.

Diese eher inneren Reformen werden an den Rand gedrängt. Nötig ist aber eine Konzentration auf die qualitative Verbesserung des Schulsystems. Deshalb müssen die Grundschulen und die vorschulische Bildung gestärkt werden. In der Sekundarstufe I benötigen die sich in Richtung Integration bewegendenden Schulen und die dort tätigen PädagogInnen massive Unterstützung.